

Pauenschlag am Donnerstag No. 47/2009 vom 26. November 2009

Wo bleibt die Hyperinflation?

Das fast lautlose Sterben der US-Banken

Von den deutschen Massenmedien wohlweislich verschwiegen, frisst sich die Pest der Finanzkrise unaufhaltsam weiter durch die US Bankenlandschaft. Das sollte uns zu denken geben.

Während hierzulande selbsternannte Propheten erklären, sie hätten das Ende der Krise bereits bei seiner Einreise nach Deutschland getroffen und es persönlich auf das Herzlichste begrüßt, während die uns Regierenden das kommende Wachstum bereits fest in ihre Finanz- und Steuersenkungspläne eingearbeitet haben, kracht es jenseits des Atlantiks im Gebälk wie nie zuvor.

Fünzig (50) US-Banken haben im Laufe der 68 Bankenöffnungstage (Mo-Fr) des III. Quartals 2009 Insolvenz angemeldet.

Der US-Einlagenversicherer FDIC, als Rettungsboot für Einleger konzipiert, die mit ihrer Bank Schiffbruch erlitten haben, ist infolgedessen mit 8,2 Milliarden US-Dollar in die roten Zahlen gerutscht. Der Fehlbetrag aus dem operativen Geschäft konnte - so heißt es - durch die Mobilisierung von Rücklagen ausgeglichen werden. Die spannende Frage lautet: Wie lange reichen die Rücklagen der FDIC noch, um weitere Verluste aus dem Einlagen-Versicherungsgeschäft ausgleichen zu können?

Weitere Verluste sind nämlich so sicher wie das Amen in der Kirche: Obwohl im III. Quartal 50 Banken als insolvent aus der Statistik herausgefallen sind, erhöhte sich die Zahl der US-amerikanischen "Problembanken" von Juli bis Oktober von 416 auf 552. Es sind also, saldiert, 186 Wackelkandidaten dazugekommen. Anfang 2009 waren es übrigens erst 252. Da kommt erkennbar weiterer Finanzbedarf auf den Einlagenversicherer zu!

Alleine am Freitag, dem 13. November 2009, wurden wieder drei US-Banken geschlossen. Bei zweien davon, der Orion Bank und der Century Bank (beide Florida) stehen 2,8 Milliarden Dollar Einlagen in den Büchern - und die FDIC darf schon wieder tief in die Kasse greifen.

Damit sind in diesem Jahr bisher 123 US-Banken in die Pleite gerutscht.

(Im Krisenjahr 2008 waren es nur 25)

Um die FDIC zu retten, werden die US-Banken nun verpflichtet, ihre Beiträge für den Einlagensicherungsfonds für drei Jahre im Voraus zu bezahlen. Damit sollen 45 Mrd. Dollar in die Kassen der FDIC gespült werden.

Besonders bedrohte Banken werden von dieser Regelung ausgenommen, um sie nicht per Einlagensicherungsfonds beschleunigt in die Pleite zu treiben.

Das Manöver ist dennoch riskant: Die Gewinne der US-Banken beliefen sich im III. Quartal 2009 auf nur 2,8 Mrd. Dollar, die wiederum hauptsächlich auf die Höherbewertung von Wertpapierdepots zurückzuführen waren, nicht auf tatsächlich realisierte Gewinne. Was werden die US-Banken an ihre Aktionäre ausschütten, wenn - statt der für ein Jahr kalkulierten Prämien von 15 Mrd. nun 45 Milliarden an die FDIC zu zahlen sind - und davon ausgegangen werden muss, dass dieser "Risikovorsorge" kurzfristig reale Risiken mit höchster Eintrittswahrscheinlichkeit gegenüberstehen?

- Ein Einlagensicherungsfonds, der dafür konzipiert ist, hin und wieder einmal die Einleger einer eher kleinen, durch schlechtes Management zugrundegegangenen Bank zu entschädigen, ist eine vollkommen unproblematische Angelegenheit.
Die Aktiva, die er bereitstellen muss, um die untergegangene Aktiva der Pleitebank zu ersetzen, hält er in liquiden bzw. schnell liquidierbaren Anlagen vor. Der Finanzmarkt wird davon in keiner Weise tangiert.
- Ein Einlagensicherungsfonds, dessen Liquidität von einer Vielzahl von Pleiten weggefressen wurde, der sich auf einen Schlag 45 Milliarden in die Kasse holen muss, um die unmittelbar bevorstehenden, absehbaren Pleiten bewältigen zu können, entzieht diese 45 Milliarden den Mitgliedsbanken des Einlagensicherungsfonds.

Mit diesem Trick wird so getan, als verfüge der Einlagensicherungsfonds noch über eigene Aktiva, die zur Entschädigung von Einlegern benutzt werden kann. In Wahrheit wird die Aktiva der Mitgliedsbanken um 45 Milliarden - davon 30 Mrd. nicht geplant - geschmälert. Das geht direkt zu Lasten der Gewinne - und wenn die nicht ausreichen, zu Lasten der Substanz.

Natürlich werden die Institute alle Möglichkeiten nutzen, diese 45 Milliarden buchhalterisch ordentlich auf die drei Jahre zu verteilen, für die sie angeblich gezahlt werden. Damit wird es ihnen sogar gelingen, die Beinahe-Pleite der FDIC heuer noch aus ihrem Rechnungswesen und aus der Gewinnermittlung herauszuhalten. Für 2010, 2011 und 2012 wird das aber nur gelingen, wenn die FDIC tatsächlich bis 2012 mit der jetzt angeforderten Vorauszahlung auskommt.

Angesichts von derzeit 552 Problembanken in den USA eine trügerische Hoffnung.

Da wird wohl doch die US-Regierung noch einmal kräftig einspringen müssen, um die Banken und damit das System zu retten.

Warum sind die Banken denn pleite?

Warum muss eine Bank nach der anderen als Problembank eingestuft werden? Das Prinzip des Raubzugs, dem nun scheinbar die Banken zum Opfer fallen, der in Wahrheit aber die kleinen Leute überall auf der Welt trifft, die von ihren Regierungen als Bürgen in Haftung genommen werden, ist doch einfach zu erklären:

1. Es werden Kredite vergeben.

Das geht ganz einfach. Man eröffnet dem Konsumenten ein Kreditkonto, das man mit dem Kreditbetrag belastet und schreibt dem Girokonto des Konsumenten die Kreditsumme gut.

2. Die Konsumenten geben das Geld aus.

Damit steigen die Guthaben auf den Girokonten der Verkäufer und Produzenten, während die Guthaben auf den Girokonten der Konsumenten sinken und die Schulden auf ihren Kreditkonten durch die fällig werdenden Zinsen mit der Zeit steigen.

3. Gewinne werden abgeschöpft

Ein Teil der Guthaben auf den Girokonten der Verkäufer und Produzenten fließt in Form von Löhnen für Mitarbeiter und Ausgaben für Vorlieferanten in die Wirtschaft zurück, ein Teil der Guthaben wird als Gewinn einbehalten.

Ein Teil der Gewinne fließt in den Konsum der Verkäufer und Produzenten, ein Teil wird in Finanzanlagen angelegt.

4. Zwischenbilanz

Bei den Banken stehen nun die Finanzanlagen der Verkäufer und Produzenten als Einlagen in der Passiva der Bilanz. Die Verkäufer und Produzenten können ihre Einlagen - entsprechend der mit der Bank getroffenen Vereinbarungen - zu bestimmten Fälligkeitsterminen zurückfordern.

Den Einlagen der Verkäufer und Produzenten stehen in der Aktiva die Schulden der Konsumenten gegenüber. Es scheint alles so einfach und so übersichtlich:

- Die Konsumenten haben Schulden bei der Bank,
- die Bank hat "Schulden" bei ihren Einlegern.

Wenn die Konsumenten ihren Ratenzahlungen pünktlich nachkommen, kann auch die Bank ihren Verpflichtungen gegenüber den Einlegern pünktlich nachkommen.

Aus einer anderen Perspektive betrachtet:

Durch ihren Konsum haben sich die Konsumenten bei den Produzenten um so viel Geld verschuldet, wie diese als Gewinn abgeschöpft und in Form von Geldanlagen gehortet haben. Sie stehen nun vor der Wahl, entweder nicht mehr zu konsumieren, oder neue, zusätzliche Kredite aufzunehmen.

5. Kredite werden notleidend

Weil die Summe der Löhne stets (!) niedriger ist, als die Summe der Umsätze, können nicht alle Konsumenten ihre Kredite bedienen. (klar, oder?)

6. Einlagen werden fragwürdig

Den Einlagen der Verkäufer und Produzenten stehen Kredite der Konsumenten gegenüber, die sich als uneinbringlich erweisen. Das macht so einen Einleger ganz schön nervös.

7. Die Bank ist eigentlich schon pleite

Würden die Verkäufer und Produzenten ihre Einlagen zurückfordern, wäre die Bank dazu nicht in der Lage. Damit die Verkäufer und Produzenten aber gar nicht erst auf die Idee kommen, die Bank sei nicht in der Lage, ihre Einlagen zurückzuzahlen, schmückt die Bank ihre Aktiva neben den Forderungen an ihre eigenen Schuldner mit allerlei Wertpapieren, die man billig einkaufen aber dennoch hoch bewertet in die Bilanz stellen kann. Handelte es sich bei diesen Wertpapieren früher hauptsächlich um Aktien, kamen später auch verbriefte Forderungen anderer Banken hinzu, zuletzt sogar Wetten auf das baldige Eintreten der Zahlungsunfähigkeit von Unternehmen und Staaten.

Solche "Wertpapiere" konnte man mit märchenhaften Werten in die Bilanz schreiben - und wenn sich ein solches Wertpapier als wertlos erwies, war das gar kein Problem, man kaufte sich für ein paar Dollar ein neues, schöneres Papier und stellte es gleich mit einem so hohen Wert in die Bilanz ein, dass trotz real eingetretener Verluste ein Bilanzgewinn ausgewiesen und ausgeschüttet werden konnte, was die Einlagen der Banken zwangsläufig wieder erhöhte, weil ja erfahrungsgemäß auch die Aktionäre der Banken ihre aus den Banken gezogenen Gewinne irgendwie wieder in Finanzanlagen unterbringen.

Fordern die Verkäufer und Produzenten und Bankaktionäre ihre Einlagen aber dennoch zurück, muss die Bank zusehen, wie sie an die Liquidität kommt, die sie dafür bräuchte.

Üblicherweise leihen sich Banken untereinander und über Nacht ohne mit der Wimper zu zucken viele Milliarden aus - aber wenn über einer Bank erst einmal der Geruch von Fäulnis aufsteigt, dann ist es damit vorbei. Nun haben die Banken ihre Systemrelevanz entdeckt und dem Staat erklärt, er müsse die Garantie für die Forderungen der Einleger übernehmen. Nur dann könne die Bank und mit ihr **das System** weiter existieren.

8. Der Staat ist pleite

Fordern die Verkäufer und Produzenten und Bankaktionäre ihre Einlagen dennoch zurück, muss der Staat kurzfristig Schulden aufnehmen (bei den Banken und bei den

Einlegern der Banken, wo denn sonst) und langfristig die Steuern erhöhen und/oder seine Ausgaben kürzen.

So lange der Staat den Banken kreditwürdig erscheint, werden die uneinbringlichen Schulden der Konsumenten auf diesem Wege in Schulden der Steuerzahler umgewandelt und von diesen auf dem Umweg über die Staatskasse mit Zins und Zinseszins bedient.

- Das reduziert die Kaufkraft der Steuerzahler.
- Deren Konsum geht deshalb zurück.
- Der rückläufige Konsum führt zum Abbau von Arbeitsplätzen.
- Der Abbau von Arbeitsplätzen führt dazu, dass noch mehr Konsumenten ihre Kredite nicht mehr bedienen können.
- Immer mehr notleidende Kredite führen zu immer mehr notleidenden Banken.
- Immer mehr notleidende Banken beanspruchen den Staat als Bürgen, der einen immer größeren Teil der Schulden der Konsumenten in Schulden der Steuerzahler umwandelt.
- das geht so weiter, bis es nicht mehr geht ...

Das Ziel des Kapitalismus ist erreicht, wenn es auf der Welt nur noch zwei leicht unterscheidbare Sorten von Menschen gibt.

Absolute Schuldner und absolute Gläubiger.

Absolute Schuldner sind jene, deren Einkommen niemals ausreichen wird, ihren finanziellen Verpflichtungen gegenüber Staat und Gläubigern nachzukommen. Absolute Gläubiger sind diejenigen, deren Forderungen gegenüber den Schuldnern beständig wachsen.

Leibeigene und Feudalherren.

Um dem Kapitalismus die Erreichung dieses Ziels zu verwehren, ohne ihn gleich ganz zu verbieten, könnte man versuchen, die angesammelten Forderungen der Gläubiger durch massive Inflation zu vernichten.

Inflation kann jedoch nur auslösen, wer die am Markt auftretende Geldmenge in die Höhe treiben kann. Der Staat und die Mehrzahl seiner minder begüterten Bürger haben dazu keine Chance, sie geben sowieso alles aus, was sie einnehmen. Der Staat übt sich zudem in unsinniger Sparsamkeit und hat sich selbst noch eine Schuldenbremse auferlegt, obwohl Geld zu schöpfen schon längst einzig Sache der Banken ist.

Ein Parlamentsbeschluss, der per Gesetz die Einführung einer neuen, staatlich kontrollierten Währung und, bei gleichzeitiger Einführung eines allgemeinen Mindestlohnes, einen Preis- und Lohnstopp für mindestens drei Jahre sowie die Abwertung bestehender Guthaben im Verhältnis von 1.000 zu 1 verordnen könnte, ist weder vom Bundestag noch vom EU-Parlament (das das sowieso nur dürfte, wenn die Kommission einen entsprechenden Auftrag erteilte) zu erwarten.

Was wir haben, hier in Deutschland, ist die persönliche, nicht einklagbare und auch nach der Wahl nicht widerrufene Garantieerklärung von Frau Merkel und Herrn

Steinbrück, die Einlagen aller Einleger seien bei allen deutschen Banken in praktisch jeder Höhe sicher.

Eine Garantie, die - als sie ausgesprochen wurde - zur Beruhigung der Märkte beigetragen hat, die jedoch nun, vor dem Hintergrund der Bankpleiten in den USA und vor dem Hintergrund der auch hierzulande weiter viele Milliarden verschlingenden Bankenkrise, auf ihre Glaubwürdigkeit und vor allem auf ihre Sinnhaftigkeit abgeklopft werden sollte.

Dass alle Bankenrettung - unter dem Vorwand der Systemrelevanz - letztlich nur Vermögensrettung ist, und zwar die Rettung großer und kleiner Vermögen, ist ja gut und schön. Dass alle Bankenrettung aber - unter dem Vorwand der Systemrelevanz - zugleich auch Cent für Cent, Euro für Euro, mit einem massiven Griff in die Taschen der gesamten Bevölkerung über deren Steuern finanziert werden soll, ist ein Eingriff, für den viele, auch vollkommen Unschuldige bluten müssen, damit am Ende einige wenige als Gewinner dastehen. Das ist weder gut, noch schön, aber Fakt.

Aus allem bis hierher Angeführten ergibt sich für mich heute eine neue Schlussfolgerung, mit der ich mich zwar auch selbst noch nicht vollständig angefreundet habe, die mir aber dennoch sehr zutreffend erscheint:

Solange die Staaten bei der Vermögensrettung durch Bankenrettung mithelfen, wird die lange befürchtete, und - auch von mir - vorhergesagte Hyperinflation, der große Knall, der Crash, ausbleiben.

Solange gesichert erscheint, dass die Staaten freiwillig fortfahren werden,

- sich in die Rolle des "Mastergläubigers" zu begeben,
- für alle säumigen Schuldner mit der Leistung des gesamten Staatsvolkes einzustehen und
- ihre fiskalische Infrastruktur zu nutzen, um die monatlich fälligen Raten regelmäßig und sicher einzuziehen,

solange gibt es keinen Grund, die angehäuften Riesenvermögen in einer Hyperinflation untergehen zu lassen, nur um sich im Zuge dieser Hyperinflation noch schnell die letzten Sachwerte unter den Nagel zu reißen.

Die Sachwerte fallen den Gläubigern nach und nach sowieso zu.

Die Banken verwerten alle Sicherheiten, bevor sie sich vom Staat retten lassen. Der Staat presst das Volk immer weiter aus. Er tut das - sehr geschickt - von unten her. Erst müssen Schonvermögen aufgebraucht werden, erst müssen zu große Wohnungen aufgegeben werden, bevor Almosen an die dann wirklich Bedürftigen ausgeschüttet werden. Dass sich die Verarmung der Bevölkerung vollautomatisch, Schicht für Schicht von unten nach oben durchfrisst, ist nur eine Frage der Zeit. Jeder der auch nur eine Stufe nach unten fällt, arbeitet mit an der Erosion der Stufe, von der er gekommen ist, durch Lohnverzicht, durch unbezahlte Mehrarbeit, durch Kriecherei in jeder Form.

Denen, die sich noch oben wähnen, winkt man mit Steuersenkungen und Kinderfreibeträgen, um sie möglichst lange in Sicherheit zu wiegen.

Doch wenn der Mieter der als Kapitalanlage erworbenen Eigentumswohnung plötzlich nicht mehr zahlen kann und sich kein Nachmieter zum gewohnten Mietzins mehr finden lässt, geht auch dem besserverdienenden Yuppie ein gewisser Körperteil auf Grundeis. Schließlich muss er die Schulden abbezahlen - und kein Mieter hilft ihm mehr dabei. Bevor der den Job aufgibt, verzichtet er auf Urlaubs- und Weihnachtsgeld und arbeitet freiwillig 70 statt bisher 55 Stunden pro Woche. Das erhöht die Rendite seines Arbeitgebers, dessen Einlagen bei den Banken wachsen - und der Gekniffene muss den Gürtel wieder ein Stück enger schnallen.

Alles läuft in die gleiche Richtung.

Wie geschmiert.

Die Reichen werden reicher.

Nicht nur an Geld, es wachsen ihnen auch die Sachwerte zu.

Häuser, Wohnungen, Äcker, Wälder, alles preiswerte Schnäppchen.

Das kann man doch so laufen lassen.

Es hat keine Eile.

Die Zeit arbeitet ihnen in die Hände.

Es ist egal, ob die FED in den USA Geld druckt, ob die EZB den europäischen Banken mit massiven Geldspritzen entgegenkommt, solange am Ende immer die Staaten als Schuldner oder Bürgen dastehen, ist das doch der perfekte Ersatz für Schrottpapiere und geplatzte Kredite.

Es ist daher egal, wie viele Billionen an Spielgeld noch in die Welt gesetzt werden. Dieses Geld wird im Spielerparadies bleiben. Es wird nicht benötigt, um damit im Rausch einer Hyperinflation in den Besitz der letzten Sachwerte zu gelangen.

Solange die Staaten als Schuldner oder Bürgen für das Vermögen und die Mehrung des Vermögens der Reichsten geradestehen und deren Forderungen bei den Staatsvölkern eintreiben, ist alles in bester Ordnung. Das ist der maximale Profit bei minimalem Aufwand. Mehr geht einfach nicht. (klar, oder?)

Die Verschuldung darf nicht aufhören.
Dann hört auch der Reichtum nicht auf.

Wo ist da noch Platz für eine sinnvolle Hyperinflation?

Erst wenn die Staaten die Rolle des Masterschuldners aufgeben, kann und muss die Hyperinflation kommen. Weil die Staaten damit aber erst aufhören werden, wenn wirkliche Linke an der Macht sind, wird es ein Leichtes sein, den "Roten" die Schuld am Crash in die Schuhe schieben und die nächsten Wahlen wieder mit einer haushohen schwarzen Mehrheit zu gewinnen.

Und selbst, wenn irgendwo ein Kraut gegen die Dummheit wüchse, ein Pharmakonzern würde es sich patentieren lassen, jeden Missbrauch unnachgiebig mit Heerscharen von Anwälten verfolgen und die produzierten Pillen so teuer verkaufen, ...

Mehr über Wirtschaft, Geld und Kapitalismus in

Freimut Kahrs	<u>Lebenslüge Freiheit</u>
Thomas Koudela	<u>Entwicklungsprojekt Ökonomie</u>
Artur P. Schmidt	<u>Unter Bankstern</u>
Samirah Kenawi	<u>Falschgeld</u>
Egon W. Kreuzer	<u>Unsere Freiheit</u> <u>Wolf's wahnwitzige Wirtschafts-</u> <u>lehre</u> <u>Paukenschläge 2003 - 2008</u>

Alle erschienen im EWK-Verlag

[zum Verlag / Online-Shop](#)

Übrigens: Newsletter-Abonnenten erhalten den Link auf den jeweils neuesten Paukenschlag immer, sobald er fertig ist. Manchmal am Montag, häufig am Dienstag, meist am Mittwoch - wenn auch Sie schneller sein wollen, melden Sie sich an
